

Stand: 16.07.2025 14:28:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4026

"Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 2020"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4026 vom 10.10.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 10.10.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5760 des HA vom 23.01.2020
4. Beschluss des Plenums 18/5930 vom 29.01.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 29.01.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 2020

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 2020 einzusetzen.

Begründung:

Den Solidaritätszuschlag nur teilweise abzuschaffen ist ungerecht und verfassungswidrig. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Hans-Jürgen Papier, sowie weitere Staatsrechtler haben, wie etwa das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes an zahlreichen Stellen zeigt, festgestellt, dass der Solidaritätszuschlag unter den gegebenen Voraussetzungen ab dem 01.01.2020 verfassungswidrig ist.

Das unbefristete Solidaritätszuschlaggesetz aus dem Jahr 1995 wurde mit der Begründung erlassen, dass dieses zur Finanzierung der Vollendung der Einheit als „finanzielles Opfer“ unausweichlich und mittelfristig zu überprüfen sei. Der zur Vollendung der deutschen Einheit aufgelegte Solidarpakt II läuft dieses Jahr aus, so dass auch die Legitimation des Solidaritätszuschlaggesetzes endgültig wegfällt. Der Fortbestand des Solidaritätszuschlags wäre ein Verstoß gegen das Grundgesetz, da er als sogenannte Ergänzungsabgabe gegenüber der regulären Besteuerung Ausnahmecharakter besitzt und dementsprechend nicht dauerhaft, sondern nur zur Deckung vorübergehender Bedarfsspitzen erhoben werden darf. Seine vollständige Abschaffung ist daher auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Wir fordern deshalb, den Solidaritätszuschlag ab dem 01.01.2020 vollständig abzuschaffen.

Hinzu kommt, dass der Solidaritätszuschlag Familienunternehmen in besonderer Weise trifft, weil er auf deren Gewinn erhoben wird, somit deren Kapitalkraft beeinträchtigt und sie im Wettbewerb benachteiligt. Gerade in einer Phase, in der Deutschland an der Schwelle zur Rezession steht, brauchen wir auch für Mittelständler, Leistungsträger und Selbstständige eine Entlastung. Drei Millionen Unternehmen in Deutschland sind Personengesellschaften, zahlen also als Unternehmen die Einkommensteuer. Um deren Wettbewerbsfähigkeit und die der deutschen Wirtschaft insgesamt zu stärken, muss der Solidaritätszuschlag – auch im Sinne der Steuergerechtigkeit – für alle umgehend abgeschafft werden.

und alle Kommunen –, dass der Zeitpunkt der Antragstellung und der Zeitpunkt der Auszahlung schon zwei, drei Jahre auseinanderliegen können, weil man einfach entsprechend planen muss. Deshalb haben wir schon viele Anträge, und diese zahlen wir jetzt sukzessive aus. Dafür haben wir aber noch entsprechende Gelder aus unserem Programm. Ich hoffe, ich konnte ein wenig Aufklärung leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf der korrigierten Drucksache 18/3988 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? – Keine. Stimm-enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/4025 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die SPD und die FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Da wir jetzt schon knapp Viertel vor sechs haben, ergibt es keinen Sinn mehr, die restlichen Dringlichkeitsanträge zu beraten, da wir wahrscheinlich nicht rechtzeitig zur Abstimmung kommen. Deshalb entscheide ich, die Dringlichkeitsanträge – ganz offensichtlich im Einvernehmen mit der Mehrheit des Hohen Hauses – in die Ausschüsse zu verweisen.

Daher werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/3989, 18/4026, 18/4027, 18/3990, 18/3991, 18/4028 sowie 18/3993 mit 18/3997 sowie 18/4029 an den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss überwiesen.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 17:43 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser,
Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)**
Drs. 18/4026

Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 2020

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Helmut Kaltenhauser**
Mitberichterstatter: **Gerald Pittner**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 45. Sitzung am 13. November 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/4026, 18/5760

Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem 1. Januar 2020

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Über die **Listennummer 26**, den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Möglichkeiten zur rechtzeitigen Bekämpfung von Engerlingsbefällen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen" auf Drucksache 18/4397, ist gesondert abzustimmen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten und nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. November 2019 (Vf. 18-VIII-19) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern
 1. Bayerische Staatsregierung
 2. Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
 3. Bayerischer Landtag
 4. Bayerischer Ministerpräsident
 5. Bayerische Staatskanzlei
 6. Beauftragte und stellvertretender Beauftragter des Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“
 7. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 8. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
 9. Präsidentin des Bayerischen Landtagsvom 13. November 2019 über die Frage, ob
 1. das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern („Rettet die Bienen!“) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 405, BayRS 791-1-U) und
 2. das Zweite Gesetz zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern (Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 408)die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.19-0017

Drs. 18/5725 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist teilweise unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. November 2019 (Vf. 19-VII-19) betreffend Antrag vom 13. November 2019 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern („Rettet die Bienen!“) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 405, BayRS 791-1-U) und
 2. des Zweiten Gesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern (Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz) vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 408)

PII-G1310.19-0018
Drs. 18/5724 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrkräftemangel entgegenzutreten I:
Studienabbrüche im Lehramt evaluieren und Maßnahmen entwickeln
Drs. 18/3771, 18/5708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrkräftemangel entgegentreten II:
Wechsel in Studium und Referendariat zu Lehramt Grund- und Mittelschule erleichtern
Drs. 18/3772, 18/5709 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrkräftemangel entgegentreten III:
Zweitqualifizierung dauerhaft gut ausstatten
Drs. 18/3773, 18/5710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrkräftemangel entgegentreten IV:
Mehr Studienplätze für das Grundschullehramt an den Universitäten
Drs. 18/3774, 18/5711 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrkräftemangel entgegentreten V:
Lehrkräfteausbildung reformieren
Drs. 18/3775, 18/5712 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrkräftemangel entgegneten VI:
Besoldung der Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen verbessern
Drs. 18/3776, 18/4983 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtstrategie Digitale Bildung I –
Entwicklung eines Rahmenlehrplans Digitale Bildung
Drs. 18/3908, 18/5691 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtstrategie Digitale Bildung II –
Lehrkräftebildung im und für das digitale Zeitalter
Drs. 18/3909, 18/5713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtstrategie Digitale Bildung III –
Lehrkräftefortbildung für Lernen mit und über digitale Medien
Drs. 18/3910, 18/5692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesamtkonzept zur Erinnerungskultur in Bayern
Drs. 18/4080, 18/5694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsmittel für Ultrafeinstaubmessungen auch für den Standort Flughafen München einsetzen
Drs. 18/4084, 18/5400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Religions- und Ethikunterricht neu denken – Dialogunterricht umsetzen!
Drs. 18/4169, 18/5695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, landwirtschaftliche Praxis realitätsgetreu abbilden, Datentransfer vereinfachen
Drs. 18/4230, 18/5763 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Medikamentenentsorgung
Drs. 18/4316, 18/5403 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Möglichkeiten zur rechtzeitigen Bekämpfung von Engerlingsbefällen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen
Drs. 18/4397, 18/5764 (ENTH) [X]

Über diesen Antrag wird gesondert abgestimmt

26. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Batterie-Pfand einführen – wertvolle Ressourcen erhalten und Umwelt schützen
Drs. 18/4400, 18/5404 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Andreas Winhart, Jan Schiffers u. a. AfD
Erhaltung und Neuschaffung der bayerischen Auwälder
Drs. 18/4401, 18/5405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sammelabschiebungen nach Afghanistan
Drs. 18/4418, 18/5567 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Meldeverfahren auch in Bayern für antisemitische Vorfälle an Schulen aufstellen
Drs. 18/4420, 18/5697 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Franz Rieger, Alexander König, Alex Dorow u. a. CSU
Nürnberg 2025: Ja zur Europäischen Kulturhauptstadt
Drs. 18/4442, 18/5767 (E) [X]

Auf Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine ehrliche Klimabilanz Bayern
Drs. 18/4465, 18/5410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Studie zur Relevanz des Mikroplastikeintrags durch Direkteinleiter
Drs. 18/4466, 18/5411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sanktionen zügig umsetzen
Drs. 18/4571, 18/5720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher u. a. SPD
Für sichere Lebensmittel und zum Schutz der Bevölkerung:
Bayerische Grenzwerte für PFC-Umweltgifte festlegen
Drs. 18/4576, 18/5412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EU demokratisch, bürgernah und transparent gestalten – Beteiligung gewählter Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Kommunen und Regionen bei der geplanten „Konferenz zur Zukunft Europas“ sicherstellen
Drs. 18/4592, 18/5558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einheitlicher Bußgeldkatalog für Lebensmittel- und Hygienekontrollen
Drs. 18/4598, 18/5413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertinnen- und Expertenanhörung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (BayPVG)
Drs. 18/4601, 18/5626 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Auwälder besser schützen!
Drs. 18/4607, 18/5757 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hartz-IV-Urteil: nicht nur umsetzen, sondern Sicherungssystem reformieren!
Drs. 18/4619, 18/5721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Alexander König u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Förderstrukturen für bayerische Spitzentechnologie im Bereich der Künstlichen Intelligenz
Drs. 18/4753, 18/5325 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

45. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u. a. CSU
Repräsentative Ultrafeinstaubmessungen in Bayern
Drs. 18/4884, 18/5415 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>